

# Aufbegehren einer Region in Russland

In Baschkortostan wird der Rücktritt des Republikpräsidenten Rachimow und seines Clans gefordert

Nach dem Fall des kirgisischen Autokraten Akajew wittern auch innerhalb der Russischen Föderation Oppositionsbewegungen Morgenluft. In Baschkortostan erinnern die meisten Argumente an diejenigen der kirgisischen Palastrevolution. Die schamlose Selbstbereicherung der Eliten wird nicht mehr schweigend hingenommen.

CHRISTIAN WEISFLOG

«Georgien, Ukraine, Kirgisien – nächste Station Baschkirien». So lautete der programmatische Titel einer Pressekonferenz der baschkirischen Opposition Anfang April in Moskau. Sie war das Vorspiel für die zwei Tage später anberaumte Protestaktion im Zentrum der russischen Hauptstadt: Mit einer Chartermaschine flog die Opposition rund 200 Aktivisten aus Baschkirien – einer autonomen Republik am Südfuss des Urals – ein, um auf dem Lubjanka-Platz vor dem Totalitarismus-Mahnmal zu demonstrieren.

## Aufbegehren der Opposition

«Baschkirien – ein politischer Gulag», «Baschkirien – ohne Rachimow», «Moskau – erhöhe uns», lauteten die Losungen. Sie seien hierher gekommen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, und um zu zeigen, dass die Opposition in Baschkirien organisiert und keineswegs extremistisch ist, erklärte Ramil Bignow, Vorsitzender des Koordinationsrats der vereinigten Opposition Baschkiriens. Vor allem aber ging es um die Übergabe eines von über 100 000 Bürgern unterschriebenen Briefes an Präsident Putin, in dem die Opposition den Rücktritt des Republikpräsidenten Murtasa Rachimow fordert. «Das Volk hat die jetzigen Machthaber satt. Wir wollen, dass der Kreml Massnahmen trifft», betonte Bignow. Obwohl die Opposition in der baschkirischen Hauptstadt Ufa bereits drei Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmern organisierte, ist sie bisher auf taube Ohren gestossen.

Die Opposition – in der alle politischen Parteien ausser der Putin-Partei



Eine in Moskau überreichte Petition der baschkirischen Opposition an Russlands Präsident Wladimir Putin fordert die Absetzung des lokalen Magnaten Murtasa Rachimow und von dessen Familienclan. (cw)

«Einiges Russland» sowie rund 30 zivilgesellschaftliche Organisationen vereint sind – ist fest entschlossen, die Demonstrationen weiterzuführen, bis die Behörden Verhandlungen aufnehmen. «Es gehen immer mehr auf die Strassen – im Februar waren es 8000, im März 20 000», sagt Ajrat Dilmuchametow, Führer der Baschkirischen Nationalbewegung. Am 16. April plant die Opposition den nächsten Protesttag, ab 1. Mai will sie vor dem Verwaltungsgebäude in Ufa nach ukrainischem Vorbild eine Zeltstadt errichten und ununterbrochen protestieren. «Wir wollen, dass alles im gesetzlichen Rahmen abläuft, aber wenn es keine politische Lösung gibt, kann es auch über den Rahmen hinaus geraten», meinte

Bignow. «Wir haben bereits einen Plan, wie wir zur Macht gelangen», erklärte Dilmuchametow.

## Familienclan kontrolliert das Öl

Die Proteste haben mehrere Ursachen. Im Vordergrund steht das autoritäre Regime von Präsident Rachimow, der seit 1994 an der Macht ist. Die Republik (und somit der Präsident) kontrolliert die Aktienmehrheiten der wichtigsten Förderbetriebe, Raffinerien und petrochemischen Fabriken. Diese werden von Ural Rachimow, dem Sohn des Präsidenten, als Vorstandsvorsitzender geführt. Lange Zeit hütete Murtasa Rachimow den Ölkomplex als unabhängige Finanzquelle wie seinen Augapfel und liess keine Inve-

stitutionen von aussen zu. Als er jedoch bei den Wahlen 2003 arg in Rücklage geriet, arrangierte er sich mit dem Kreml und gab Teile der Ölindustrie aus der Hand. Rachimow gewann darauf die Wahlen in der zweiten Runde problemlos: Zu dieser trat dann sein härtester Gegner – ein Kreml-Kandidat – gar nicht mehr an.

Der Eindruck einer Clan-Wirtschaft, verknüpft mit den harten Sozialreformen der Zentralregierung, sorgt für weiteren sozialen Konfliktstoff. Genauso wie das Ende März von Rachimow anberaumte Referendum, das ihm erlaubt, die Bürgermeister weiterhin zu ernennen, statt wie von der Opposition vorgeschlagen in Volkswahlen zu ermitteln. Auch ethnische Spannungen schwingen mit:

## Zur geographischen Bezeichnung

msd. In der Berichterstattung über die Ereignisse in Kirgistan war in den deutschsprachigen Medien immer wieder auch die Form «Kirgisien» zu lesen. Diese ist die geographische Bezeichnung für das Gebiet, in dem sich der erst seit 1991 unabhängige Staat «Kirgistan» befindet. So ist es auch bei Baschkirien, dem Gebiet westlich des südlichen Ural, auf dem sich die «Republik Baschkortostan» befindet. Diese wiederum ist Bestandteil der Russischen Föderation.

Die Baschkiren waren lange Zeit nach den Russen und Tataren nur die drittgrösste Volksgruppe. Um dies zu ändern wurden Tataren einfach als Baschkiren registriert. Die Opposition fordert unter anderem die Anerkennung des Tatarischen als Amtssprache.

## «Eine politische Zeitbombe»

Über all diesem schweben schliesslich die Ereignisse in der baschkirischen Stadt Blagoweschtschensk, in der die Polizei im letzten Dezember Massenverhaftungen vornahm, bei denen es zu schweren Misshandlungen gekommen sein soll. Die Vorfälle seien eine politische Zeitbombe, die in alle Richtungen missbraucht werden könne, meint der Analyst Nikolaj Petrow. Der Kreml hat bereits seinen Mann in die Region entsandt, der sich der Sache annehmen soll: Salawat Karimow, der sich als Staatsanwalt bereits der Oligarchen Chodorkowski, Beresowskij oder Gusinskij angenommen hatte.

Obwohl Rachimow auch dem Kreml ein Dorn im Auge ist, wird dieser wohl kaum auf die Forderungen der Opposition eingehen. «Der Kreml zeigt sich nicht gerne reaktiv», meint Petrow. Ein schwacher Diktator, dem man vielleicht noch weitere Teile des Ölkomplexes abpressen kann, scheint Moskau als Verhandlungspartner lieber zu sein als eine Handvoll Demokraten. Der Konflikt dürfte sich daher weiter zuspitzen.

CHRISTIAN WEISFLOG studierte in Zürich Politologie, Allgemeines Staatsrecht sowie Völkerrecht. Er arbeitet seit einem halben Jahr für die «Moskauer Deutsche Zeitung».

# Die Türkei zeigt sich nun flexibler Eskalation in Fernost

In der Armenierfrage ist der Beginn einer zaghafte Neubeurteilung erkennbar

Denkmäler, die an Gräueltaten «armenischer Banden» an der muslimischen Bevölkerung erinnern, werden in der Türkei noch immer errichtet. Für die bis zu 1,5 Millionen Opfer der Massaker an den Armeniern erinnert hingegen auch 90 Jahre nach Beginn der Vertreibungen kein einziges Denkmal.

INGO BIERSCHWÄLE, DPA

«Auch ich habe meine Vorfahren verloren, aber ich kann ihrer am 24. April nicht gedenken», sagt Hirant Dink, Chefredaktor der armenischen Wochenzeitung «Agos» bei einer Anhörung im türkischen Parlament. «Wie sehr wollen Sie Ihrer Geschichte denn noch gedenken?», lautete die Antwort einer Abgeordneten der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP. «Sie haben doch überall in der Welt Denkmäler aufgestellt.»

## Türkei vertraut den Archiven

Je mehr der Druck in diesem Jahr auf die Türkei zunimmt, desto aufgeregter wird das Thema auch in der türkischen Öffentlichkeit diskutiert. Wer allerdings, wie der türkische Schriftsteller Orhan Pamuk, im Streit um die Anerkennung der Massaker als Völkermord von der offiziellen Linie der Leugnung eines Genozids an den Armeniern abweicht, begibt sich in Gefahr. Pamuk, der mit seinem Anspruch: «In der Türkei sind 30 000 Kurden und eine Million Armenier getötet

worden», heftige Reaktionen nationalistisch gesinnter Türken auf sich gezogen hat, ist vorsichtshalber abgetaucht. Für den Präsidenten der «Türkischen Historischen Gesellschaft», Yusuf Halacoglu, ist der «angebliche Genozid» schlicht eine «armenische Lüge». «Wenn 1,5 Millionen Armenier umgebracht worden sein sollen und diese jeweils zu 500 vergraben wurden, macht das 3000 Massengräber. Wo sind diese Massengräber?»

Andersdenkenden, wie Halil Bertkay von der Istanbuler Sabanci-Universität, der die Deportationen in der Endphase des Osmanischen Reiches als «ethnische Säuberung» bezeichnete, hält er vor, «kein einziges Mal die osmanischen Archive aufgesucht zu haben und auch kein Osmanisch zu können». Auf eine gründliche Auswertung aller Archive, nicht nur in der Türkei, setzt auch die Regierung in Ankara, die der Ansicht ist, dass die ganze historische Wahrheit noch nicht ans Tageslicht gekommen ist. «Ich bin überzeugt, dass es kein Kapitel in unserer Geschichte gibt, dessen wir uns schämen, das wir ignorieren, vergessen oder vertuschen müssten», sagte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan am Mittwochabend vor einer Parlamentsdebatte zum Thema «Geschichte der türkisch-armenischen Beziehungen».

## «Kampagnen» führen zu nichts

«Aus der Luft gegriffene Kampagnen», mit denen die Türkei gezwungen werden solle, die Massaker an den Armeniern als «Völkermord» anzuerkennen, führten zu nichts, hatte Erdogan bereits früher gemeint. Daher ist kaum anzunehmen, dass

Parlament und Regierung eine Anregung des Universitäts-Professors Bertkay auch nur in Betracht ziehen könnten, nämlich zu sagen: «Wir bedauern diese historischen Ereignisse», auch wenn die Türkei für die Geschehnisse von 1915 nicht verantwortlich gemacht werden könne. Die Entstehung aller Nationalstaaten sei von schmerzlichen und dunklen Kapiteln gekennzeichnet. In einer Türkei, die gerade dieser Tage eine neue nationalistische Aufwallung erlebt, dürften diejenigen, die die Vertreibung der Armenier zu rechtfertigen suchen, grösseres Gehör finden. «Das war ein Krieg, und natürlich gab es dabei Tote», schrieb der «Hürriyet»-Kolumnist Emin Cölasan, der sich jeweils gern als Stimme des Volkes sieht.

## Armee öffnet Archiv

sda/afp. Die türkische Armee will aus ihren Archivbeständen mehrere hundert Dokumente zu den Ereignissen von 1915 freigeben. Nach einem Bericht der Zeitung «Vatan» wird sie innerhalb der nächsten Monate vier Bände mit insgesamt etwa 1000 Dokumenten publizieren. Die ersten beiden Bände zum Zeitraum zwischen 1914 und 1918 sollten noch in dieser Woche in den Handel kommen, berichtete die Zeitung am Donnerstag weiter. Die Veröffentlichung bietet erstmals einer breiteren Öffentlichkeit die Möglichkeit, Quellen des türkischen Militärarchivs zu studieren.

# Eskalation in Fernost

Energiefrage verschärft die sino-japanische Spannung

sda/dpa/afp. Die Spannungen zwischen China und Japan haben sich erneut verschärft. Chinas Regierung protestierte scharf gegen Japans Pläne für Probebohrungen nach Öl- und Gasvorkommen in einem umstrittenen Gebiet im Ostchinesischen Meer.

Japan will die Differenzen nun in Gesprächen lösen. «Es ist im Interesse sowohl Japans als auch Chinas, das Ostchinesische Meer zu einem Meer der Kooperation und nicht der Konfrontation zu machen», sagte Japans Chef-Regierungssprecher Hiroyuki Hosoda am Donnerstag. China hatte die Entscheidung Japans als «schwere Provokation der Rechte Chinas und der internationalen Regeln» kritisiert. Das Land behalte sich das Recht zu weiteren Reaktionen vor, hiess es in einer Erklärung des Ausserministeriums in Peking.

## Warnungen beidseits ignoriert

Ungeachtet von Warnungen Pekings hatte die Regierung in Tokio am Mittwoch das Ausschreibungsverfahren eingeleitet, laut dem japanische Unternehmen künftig Probebohrungen beginnen können. Japan müsse seine Rechte auf der Grundlage des Völkerrechts und der Uno-Seerechtskonvention sichern, sagte Vizeausserminister Ichiro Aisawa in Tokio. Kernpunkt des Streits ist eine von Japan gesetzte Mittellinie im Ostchinesischen Meer, die China nicht akzeptiert. Der Sprecher des chinesischen Ausser-

ministeriums, Qin Gang, sagte, China habe die Linie «niemals anerkannt und wird sie niemals anerkennen».

Das chinesische Ölunternehmen «China National Offshore Oil Corp» hatte ebenfalls bereits mit Probebohrungen in dem Gebiet begonnen, wogegen Japan protestiert hatte. Aus japanischer Sicht reichen die Gasfelder in die japanische Wirtschaftszone, die China nicht anerkennt. Aus Verärgerung, dass Peking seiner Forderung nach einer Beendigung der Erkundungen und weiteren Erläuterungen dazu nicht nachkommt, hatte Tokio vor zehn Tagen angedroht, selbst Probebohrungen vorzunehmen.

## Tokio will eine Entschuldigung

Nach den antijapanischen Demonstrationen wegen Vorwürfen über eine Verharmlosung japanischer Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg in China belastet der Streit das Verhältnis noch zusätzlich. Die japanische Regierung bekräftigte unterdessen ihre Forderung nach einer Entschuldigung Chinas und einem Ausgleich für Schäden, die während der Unruhen an der japanischen Botschaft in Peking verursacht worden waren.